



Verband Berlin-Brandenburgischer
Wohnungsunternehmen e.V.

VERBÄNDE DER WOHNUNGSWIRTSCHAFT KRITISIEREN KLIMASCHUTZPLÄNE DER BUNDESREGIERUNG

03.08.2007 Fachinformation

Bei den Verbänden der Wohnungswirtschaft stoßen die bislang bekannt gewordenen Vorschläge der Bundesregierung zum Erreichen der Klimaschutzziele auf wenig Gegenliebe. Vor allem die Überlegung, eine Kappungsgrenze bei der Umlagefähigkeit von Energiekosten auf Mieter einzuführen, wird vom GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen, von Haus & Grund sowie dem BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen vehement abgelehnt. Nein sagen die Verbände auch dazu, Vermieter zur Nutzung erneuerbarer Energien sowie zu Maßnahmen in puncto Bestandsnachrüstung, darunter den Austausch einfach verglaster Fenster und mehr als 20 Jahre alter Heizkessel ohne moderne Brennwert-Technologie, zu verpflichten. Fraglich sei, ob das dem im Energieeinspargesetz festgehaltenen Wirtschaftlichkeitsgebot entspreche, so BFW-Vorsitzender Walter Rasch. Rudolf Ridinger, Vorstandssprecher des Verbands der Südwestdeutschen Wohnungswirtschaft (VdW Südwest), wies darauf hin, dass die Investitionsspielräume von Wohnungsunternehmen und privaten Vermietern aufgrund der gestiegenen Baupreise ohnehin schon eng seien. Scharf kritisierten die Verbände zudem, dass die Regierung bislang keine Zahlen im Hinblick auf Kosten und den Nutzen der Maßnahmen vorgelegt habe. GdW, Haus & Grund sowie BFW wollen Daten nun selbst erheben.

<https://bbu.de/beitraege/verbaende-der-wohnungswirtschaft-kritisieren-klimaschutzplaene-der-bundesregierung>